

## Bei Kinderwunsch aufs Internet angewiesen

Studie liefert Argumente für eine Gleichstellung Homosexueller im Adoptionsrecht

Kinder in "Regenbogenfamilien" entwickeln sich einer deutschen Studie zufolge normal - ein Argument, Homosexuellen die Adoption zu erleichtern.

KARIN MITSCHANG

**Berlin** Die Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren kommt in Deutschland langsam voran. Für den großen Wurf, also ein Verbot der Diskriminierung von Homosexuellen im Grundgesetz zu verankern, sieht die Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) in nächster Zeit noch keine politische Mehrheit, schon gar nicht in der großen Koalition. Sie will jedoch das Beamtenrecht des Bundes ändern, gegen das die Europäische Kommission ein Verfahren eingeleitet hat, weil es gegen die EG-Gleichbehandlungsrichtlinie verstößt. So legt es fest, dass Ehegatten Beihilfe im Krankheitsfall und eine Hinterbliebenenversorgung erhalten, nicht jedoch "Lebenspartner" aus eingetragenen lesbischen oder schwulen Beziehungen. Die rot-grüne Koalition hatte diese Möglichkeit 2001 eingeführt. 2007 lebten rund 15 000 deutsche Paare in dieser Form.

In Belgien und sogar im katholischen Spanien können zwei Frauen oder zwei Männer die Ehe eingehen, der Staat mischt sich nicht ein. Damit fallen dort auch Probleme im Zusammenhang mit einem Kinderwunsch weg. In Deutschland verweigert sich die Ärzteschaft, wenn sich Lesben eine künstliche Befruchtung wünschen, und zwingt diese so, die Fortpflanzung selbst zu organisieren - sei es über Freunde oder die Internetbestellung bei einer Samenbank. Homosexuelle können auch nicht gemeinsam ein Kind adoptieren. Nur einer der Partner wird Elternteil, der andere kann erst Jahre später per Stiefkind-Adoption das volle Sorgerecht erhalten. Und dies ist nur möglich, wenn eine gefestigte Eltern-Kind-Beziehung nachgewiesen ist und der zweite Elternteil zustimmt.

Die Betroffenen kämpfen seit Jahren gegen Vorurteile, wenn es um Kinder mit zwei Müttern oder Vätern geht. Das Bundesjustizministerium hat deshalb eine Studie in Auftrag gegeben, die erstmals in Deutschland die Entwicklung von Kindern in gleichgeschlechtlichen Elternhäusern untersuchen sollte. Das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg hat von 2006 bis 2008 unter anderem "Regenbogenfamilien" befragt, das Staatsinstitut für Frühpädagogik in München untersuchte die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen mit zwei Müttern oder Vätern. Zypries: "Das Ergebnis wird erst im März vorgestellt, doch die Grundrichtung entspricht der von Studien aus den USA." Das heißt: Kinder in solchen Lebensgemeinschaften wachsen normal auf und neigen nicht stärker zu Homosexualität als andere.

Die Studie gibt Schwulen und Lesben Hoffnung. Auch darauf, dass Deutschland das geänderte Europäische Adoptionsübereinkommen bald übernehmen wird. Die Bundesjustizministerin befürchtet jedoch den Widerstand des Bundesinnenministers. Der Koalitionspartner CDU/CSU blockiere Fortschritte für Homosexuelle. Zypries sagte: "Wer es ernst meint mit Bürgerrechten und einer toleranten Gesellschaft, darf die Ampel als Koalitionsoption nicht ausschließen."

Erscheinungsdatum: Donnerstag 12.02.2009

Quelle: <http://www.suedwest-aktiv.de/>

SÜDWEST AKTIV - Copyright 2002-2009 Südwest Presse Online-Dienste GmbH  
Alle Rechte vorbehalten!

← [zurück zum Artikel](#)

← [zurück zur Ressort-Übersicht](#)